

Ein Protest der französischen Regierung

(Von unserem Korrespondenten)

Paris, 3. August.

Die französische Regierung hat gestern ein Gelbbuch verteilen lassen, das tags zuvor allen neutralen Regierungen übermittle worden ist. Das Werk besteht aus einer diplomatischen Note, die lebhaft Einspruch gegen das Verfahren erhebt, die deutschen Behörden gegen die Bewohner der von den Deutschen besetzten französischen Departemente in Anwendung gebracht haben, und aus einer Sammlung von Zeugenaussagen zur Unterstützung des erhobenen Vorwurfes, daß die deutschen Behörden, die für ihre in Frankreich internierten Untertanen stetsfort den Schutz des Völkerrechts in Anspruch nehmen, die Bewohner der besetzten französischen Departemente völkerrechtswidrig behandeln.

Die Darstellung des Gelbbuches läßt sich kurz wie folgt zusammenfassen: In der Osterwoche dieses Jahres wurden auf den Befehl des Generals v. Graevenig etwa 25,000 Franzosen, Männer bis zu 55 Jahren, junge Frauen und Töchter, zwangsweise aus den Städten Lille, Roubaix und Tourcoing entfernt. Die deutsche Behörde ließ die Bewohner nachts auf der Straße oder bei schlechtem Wetter im Hausgang antreten. Die Offiziere bezeichneten nach Gutfinden, wer zu evakuieren sei. Man nahm Jünglinge, Mädchen, Frauen und Männer aus allen Kreisen. Im Verlaufe von zwanzig Minuten bis zu einer Stunde wurden die Unglücklichen abgeführt, in Konzentrationsräumen zusammengesperrt, wobei zwischen ehrbaren Töchtern und Straßendirnen kein Unterschied gemacht wurde. Diese Evakuierungen dauerten die ganze Osterwoche, nur am Ostertag hatte die Bevölkerung Ruhe. Familien wurden auseinandergerissen. Die Entführten wurden nach der Aisne und in die Ardennen gebracht und dort ihren Landsleuten der Wahrheit zuwider als freiwillige Arbeitskräfte vorgestellt. Sie wurden nicht nur zu landwirtschaftlichen Arbeiten gezwungen, vielsach mußten die Frauen und Mädchen auch für die Soldaten kochen und waschen und den Offizieren Ordonnanzdienste tun. Der Bischof von Lille und der Bürgermeister erhoben vergeblich Einspruch.

Im weitern werden Fälle aufgezählt, wo Greise und junge Leute gezwungen wurden, militärische Arbeiten unter dem Feuer der französischen Geschütze auszuführen. Ein sechszehnjähriger Zeuge erzählt, er habe im Pas de Calais sechs Tage lang mit etwa fünfzig Kameraden an Schützengräben arbeiten müssen. Vierzig von ihnen wurden durch das Artilleriefeuer ihrer eigenen Landsleute getötet, der Zeuge selbst verwundet. An vielen Orten wurden französische Frauen zur Herstellung von Sandsäcken für die Schützengräben genötigt. Verschiedene Zeugen sagen auch aus, sie seien von den deutschen Truppen als Schild gegen die Franzosen benützt worden.

Sobald der französischen Regierung diese Vorgänge bekannt waren, ließ sie durch den Botschafter des spanischen Königs am Berliner Hof bei der deutschen Regierung Protest einlegen. Herr v. Jagow antwortete ihm, daß die Evakuierten, deren Zahl ihm übrigens nicht bekannt sei, zu Erntearbeiten verwendet würden, deren Ertrag wiederum der französischen Zivilbevölkerung zugute komme. Die zwangsweise Versendung und die Trennung der Familien ist also nicht bestritten. Eine offizielle deutsche Mitteilung sagte dann, diese Zwangsarbeiten seien nötig, wenn man nicht wolle, daß die französische Bevölkerung der besetzten Departemente Hungers sterbe. Die Zeugenaussagen des Gelbbuchs stellen die Dinge anders dar. Auf Seite 104 sagt ein Evakuiertes aus, daß die Deutschen sogar Saatkorn geliefert hätten. Die Ernte hätten sie aber für sich genommen, ohne auch nur Requisitionsgutscheine zu verabsorgen. Unter Androhung von Gefängnisstrafe sei verboten, Korn oder Mehl bei sich zu haben. Aus Briefen von gefangenen französischen Soldaten (siehe Seite 73 des Gelbbuches) gehe ferner hervor, daß man die Zivilisten der französischen Norddepartemente auch gezwungen habe, sich auf drei Monate für Arbeiten im Rheinland und Westfalen zu verpflichten. Diese Arbeiten kämen sicher nicht den Norddepartementen, sondern den Deutschen zugute.

Die französische Presse ist schon in den letzten Tagen voll von Mitteilungen über dieses Gelb-

buch gewesen, die ihr im voraus zugestellt worden sind. Die Veröffentlichungen haben einen riesigen Eindruck auf das französische Publikum gemacht. Besonders bewegt war das Publikum durch einen Brief einer Dame aus Lille, der vom 30. April datiert ist und im „Temps“ vom 29. Juli zu lesen steht. Sie sagt, daß die preußischen Gardeoffiziere sich geweigert hätten, die Evakuierungen selbst vorzunehmen; man habe dafür das Infanterieregiment Nr. 64 verwenden müssen. Und sie bittet: „Vor allem sollen unsere Soldaten, wenn sie einmal in Deutschland sind, uns nicht durch solche Akte rächen: sie sollen es Gott überlassen, solche Fehler, solche Verbrechen zu rächen.“

Ueber die Zweckmäßigkeit von Repressalien hat sich dann in der Presse eine Debatte entwickelt. Aber man hat bald gefunden, daß das Reden nicht viel praktischen Wert habe. Man werde zur Vergeltung schreiten wenn der Sieg erfochten sei. Die französische Regierung aber ist, wie sie in ihrer diplomatischen Note sagt, der Ansicht gewesen, daß es nicht angehe, die endgültige Beilegung des Krieges abzuwarten und erst dann die Verantwortlichkeiten festzustellen. Darum wolle sie sich schon jetzt an das Gerechtigkeits- und Menschlichkeitsgefühl der neutralen Mächte wenden und an die öffentliche Meinung aller Völker. Dies sei um so notwendiger, als die deutsche Regierung sich bis anhin weigerte, Abordnungen neutraler Staaten in die von ihrer Armee besetzten Teile Frankreichs zuzulassen.